

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts

für das Jahr 1957

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs.1 Nr. 1 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs.1 Nr. 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs.1 Nr. 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs.1 Nr. 5 ArbGG,
- 5.) die Revisionsbeschwerden nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs.1 ArbGG, die mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs.1 Nr. 1 und Nr. 3 ArbGG in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 in Verbindung mit § 2 Abs.1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
  - a) Verfassungsrecht
  - b) Vereinigungsfreiheit
  - c) Allgemeines Tarifrecht
  - d) Arbeitskampf
  - e) Betriebsverfassungsrecht einschließlich des Personalvertretungsrechts,
- 8.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs.1 Nr. 2 und § 3 in Verbindung mit § 2 Abs.1 Nr. 2 ArbGG in der privaten Wirtschaft, die folgende Rechtsgebiete betreffen:
  - a) Urlaubsrecht
  - b) Recht der Feiertage und der Feiertagsentlohnung
  - c) Mutterschutzrecht
  - d) Ruhegeld,
- 9.) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die weder dem Zweiten noch dem Dritten noch dem Vierten Senat zugewiesen sind.

II. Dem Zweiten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 und 8 der Erste Senat oder nach III der Dritte Senat oder nach IV der Vierte Senat zuständig sind, zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, die mit den nach II Ziffer 1 dem Zweiten Senat zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG.

III. Dem Dritten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat zuständig ist, zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) betr. Kündigung, an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) aus den Regelungsgesetzen zu Art. 131 des Grundgesetzes, auch wenn keine der unter IV Ziffer 1 genannten Parteien an der Rechtsstreitigkeit beteiligt ist.

Die Beteiligung einer in III Ziffer 1 bezeichneten Partei bleibt ausser Betracht, wenn der Rechtsstreit gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ArbGG geführt wird.

IV. Dem Vierten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat oder nach III der Dritte Senat zuständig sind, zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) aus den Tarifordnungen, Tarifverträgen oder dem statistischen Recht für den öffentlichen Dienst, auch wenn sie nicht unter IV Ziffer 1 fallen.

Die Beteiligung einer vorstehend bezeichneten Partei bleibt ausser Betracht, wenn der Rechtsstreit gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ArbGG geführt wird.

V. Bis zum Eingang der Revisionsbegründungsschrift sind für die Revisionsverfahren zuständig:

- 1.) der Zweite Senat mit Ausnahme der zu 2) bezeichneten Verfahren,
- 2.) der Vierte Senat, soweit die Parteibezeichnung ergibt, daß das Verfahren den öffentlichen Dienst betrifft.

#### VI. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet der Vorsitzende eines Senats in einer bei seinem Senat anhängigen Rechtsstreitigkeit die die Zuständigkeit seines Senats begründenden Rechtsfragen für untergeordnet, so kann er die Sache an den zuständigen Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden dieses Senats abgeben.
- 2.) Kommt eine Übereinstimmung der Vorsitzenden der Senate nach VI Ziffer 1 nicht zustande, so gilt folgendes:  
Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängigen Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts überwiegend vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmässig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.



- 3.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- 4.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen, sei es in einem neuen Rechtsstreit, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- 5.) Dieser Geschäftsverteilungsplan tritt am 1. Januar 1957 in Kraft, mit der Maßgabe, daß auch die bis zum 31. Dezember 1956 bei dem Bundesarbeitsgericht eingegangenen Rechtsstreitigkeiten mit dem 1. Januar 1957 an den Senat übergehen, der nach diesem Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.

Kassel, den 18. Dezember 1956

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey  
.....  
(Nipperdey)

...gez. Dr. Müller...  
.....  
(Dr. Müller)

gez. Dr. König  
.....  
(Dr. König)

gez. Dr. Poelmann  
.....  
(Dr. Poelmann)

...gez. Denecke  
.....  
(Denecke)

N a c h t r a g  
zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts  
für das Jahr 1957

Der Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts für das Jahr 1957 wird dahin abgeändert, daß die unter I Ziff.8 d) aufgeführten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit Wirkung vom 1. Juni 1957 dem Zweiten Senat zugeteilt werden. Das gilt auch für die vor dem 1. Juni 1957 eingegangenen Rechtsstreitigkeiten, soweit sie nicht vom Ersten Senat terminiert sind.

Kassel, den 27. Mai 1957

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez. Nipperdey

gez. Dr. Müller

gez. Dr. König

gez. Dr. Poelmann

gez. Dr. Simons